

Nachrichten

MILLIONEN-AUFTRAG

Schotten lassen Gasturbine bei Siemens in Berlin bauen

BERLIN – Großauftrag für die kriselnde Kraftwerkssparte von Siemens: Der schottische Stromkonzern SSE hat für die britische Grafschaft Lincolnshire ein Gas- und Dampfkraftwerk in Deutschland bestellt – für knapp 400 Millionen Euro. Dazu gehört auch ein Wartungsvertrag über 15 Jahre. Wie Siemens bestätigte, wird die Gasturbine in Berlin gebaut, die Dampfturbine in Mülheim. Mangels Aufträgen will Siemens in der Kraftwerkssparte 6900 Stellen streichen, davon etwa die Hälfte in Deutschland. Der Auftrag ändere nichts an der schwierigen Gesamtlage für die Sparte, sagte ein Sprecher. **sts**

A380

Riesen-Airbusse werden zu Ersatzteilerspendern

DORTMUND – Zwei Airbus-Riesenflieger vom Typ A380 droht nach nur zehn Jahren in der Luft ein Schicksal als Ersatzteilerspender. Der deutsche Fondsanbieter Dr. Peters Group, der die beiden Maschinen bisher an die Fluggesellschaft Singapore Airlines verleast, betrachtet den Verkauf in Einzelteilen als rentabelste Lösung für seine Anleger. Singapore Airlines wollte die Leasingverträge für die Flugzeuge nicht verlängern, und andere Airlines waren offenbar nicht bereit, genug Geld für die Maschinen zu bezahlen. Tatsächlich ist der weltgrößte Passagierjet derzeit kaum noch gefragt.

WECHSEL IN DIE POLITIK?

Starbucks-Gründer tritt zurück

SEATTLE – Der Gründer der weltgrößten Kaffeehauskette Starbucks will sich komplett aus dem Unternehmen zurückziehen. Der 64-jährige Howard Schultz werde am 26. Juni zurücktreten, teilte Starbucks mit. Es wird spekuliert, dass der als liberal geltende Unternehmer als US-Präsident kandidieren möchte. In den vergangenen Jahren hatte Schultz zwar mehrfach bestritten, politische Ambitionen zu haben. Vor Kurzem sagte er der „New York Times“ allerdings, er werde über eine ganze Reihe von Optionen für seine Zukunft nachdenken, „und dazu könnte auch ein öffentliches Amt gehören“.

GRIPPEWELLE

Krankenstand in Deutschland erreicht neuen Rekordwert

NÜRNBERG – Die Grippewelle am Jahresanfang hat den Krankenstand der Beschäftigten in Deutschland auf einen neuen Höchstwert steigen lassen. Im ersten Quartal waren im Durchschnitt 5,5 Prozent der Beschäftigten krank, berichtete das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Das sei die höchste Quote seit 1996. Im Durchschnitt waren die 40,1 Millionen Arbeitnehmer im ersten Quartal 3,4 Tage krank. Das sind 0,6 Prozent mehr als 2017. Das IAB verzeichnet seit Jahren einen leichten Anstieg beim Krankenstand in deutschen Betrieben.

Telefontarife

Mo.-Fr. Uhrzeit	Ferngespräche Vorwahl	Cent/Min.
0 - 7	01028	0,10
7 - 8	01011	0,52
8 - 18	01078	1,35
18 - 19	01011	0,52
19 - 24	01070	0,29

Mo.-Fr.	Ortsgespräche	Cent/Min.
0 - 7	01028	0,10
7 - 12	01097	1,29
12 - 18	01028	1,48
18 - 19	01097	0,92
19 - 24	01052	0,88

Mo.-So.	Festnetz zum Handy	Cent/Min.
0 - 24	01078/010012	1,94/2,05

Mo.-So. Land	Gespr. ins ausl. Festnetz Vorwahl	Cent/Min.
Frankreich	01078	0,82
Griechenland	01078	1,05
GB	01078	0,89
Italien	01078	0,89
Niederlande	01086	0,89
Österreich	01086	1,35
Polen	01069	1,27
Russland	01052	2,88
Schweiz	01069	1,31
Spanien	01078	0,54
Türkei	01086	2,69
USA	01086	0,94

Alle Anbieter mit kostenloser Tarifanfrage. Abrechnung im 60-Sekunden-Takt. Tarife gelten inklusive MwSt., Konditionen der Anbieter können sich täglich ändern. Nutzung nur von einem Festnetzanschluss der Dt. Telekom möglich. Quelle: www.biallo.de

„Kein Wettbewerb im Bahn-Fernverkehr“

Kartellamtspräsident Andreas Mundt kritisiert das Monopol auf der Schiene – und erklärt, warum der Facebook-Chef bald von ihm hören wird

KARSTEN KAMMHOLZ
UND ANJA STEHLE

BONN – Andreas Mundt leitet das Bundeskartellamt von einem historischen Ort aus. Einst war sein Büro das des Leiters des Bundespräsidialamtes. Von hier aus geht der Blick auf das angrenzende Grundstück der Villa Hammerschmidt, dem zweiten Amtssitz des Bundespräsidenten. Die Nachbarn sind längst nach Berlin gezogen, doch die Politik der Bonner Republik wirkt nach: Im Gespräch kritisiert Mundt das sich beharrlich haltende Monopol im Bahnverkehr und die Regelungswut im Taxigewerbe.

Berliner Morgenpost: Herr Mundt, nutzen Sie Facebook?

Andreas Mundt: Ja, klar, aber ohne ein für alle sichtbares Profil. Ich poste auch ab und zu etwas bei Facebook, private Sachen. Ich bin auch bei Snapchat, Instagram und Youtube, weil ich wissen will, wovon ich spreche.

Manches an Facebook gefällt Ihnen offenbar nicht. Sie haben 2016 ein Verwaltungsverfahren gegen das Netzwerk eröffnet. Was heißt das genau?

Man darf ein Verwaltungsverfahren nicht mit einem Bußgeldverfahren verwechseln. Uns geht es bei Facebook nicht darum, am Ende Strafzahlungen einzufordern, sondern darum, wettbewerbskonformes Verhalten herzustellen. Das jetzige Verfahren kann damit enden, dass wir Facebook bestimmte Auflagen zur Sammlung und zur Verwendung der Nutzerdaten machen. Welches konkrete Ergebnis am Ende des Verfahrens herauskommt, kann ich heute noch nicht sagen.

Wo ist das Problem bei Facebook?

Wir glauben, dass Facebook marktbeherrschend ist. Das Netzwerk hat in Deutschland 23 Millionen tägliche Nutzer, 30 Millionen monatliche Nutzer. Das sind gewaltige Zahlen. Aus wettbewerblicher Sicht lässt sich Facebook nicht in einen Topf werfen mit Anbietern wie LinkedIn, Xing, Snapchat oder Messenger-Diensten. Wer in Deutschland ein soziales Netzwerk nutzen will, kommt im Grunde an Facebook nicht vorbei. Wer bei Facebook sein will, muss den ganzen Datensammelaktivitäten des Unternehmens zustimmen. Aufgrund der Marktmacht des Unternehmens kann man nicht von einer freiwilligen Zustimmung sprechen. Den Nutzern ist auch nicht wirklich bewusst, wie weit das geht.

Wieviele?

Wer rechnet denn schon damit, dass seine Daten auch dann gesammelt werden, wenn er auf einer Drittseite außerhalb des Facebook-Netzwerkes surft. Wir prüfen, ob das rechtmäßig ist oder ob Facebook seine Marktmacht missbräuchlich ausnutzt.

Sie haben Facebook vor Monaten einen ganzen Fragenkatalog geschickt. Sind die Antworten schon da?

Facebook hat zu unseren Bedenken Stellung genommen. Wir schauen uns nun die Argumente an und entscheiden dann, wie wir weiter vorgehen.



Legt sich mit Digitalkonzernen an: Kartellamtspräsident Andreas Mundt im Bonner Amtssitz

DOMINIK SOMMERFELD

Deutsches Kartellamt gegen digitalen Weltkonzern: Das kommt uns vor wie David gegen Goliath.

Niemand sollte unterschätzen, welche massiven Eingriffsbefugnisse wir als Wettbewerbsbehörde haben.

Wettbewerbschüter

Jurist Andreas Mundt (57) ist FDP-Mitglied. Er begann seine Karriere als Referent im Bundeswirtschaftsministerium, später arbeitete er für die Bundestagsfraktion der Liberalen. 2000 wechselte er zum Kartellamt, 2009 wurde er Präsident. Mundt ist verheiratet und hat drei Kinder. In diesem Jahr feiert seine Behörde ihr 60-jähriges Bestehen. Sie sanktioniert Preisabsprachen, prüft Fusionen und kann bei Verstößen Geldbußen verhängen. **ast**

Weiß Facebook-Chef Mark Zuckerberg überhaupt, dass Sie ermitteln?

Das läuft in vielen Verfahren ähnlich ab: Da leitet eine Behörde ein Verfahren ein, und es sieht zunächst so aus, als kümmere das die Konzerne nicht. Im fortgeschrittenen Stadium wird es irgendwann erkennbar ungemütlich für den Konzern, da wir ja klare Durchsetzungsbefugnisse haben. Spätestens dann wird auch Mark Zuckerberg wissen, dass es uns gibt.

Brauchen wir ein europäisches Facebook?

Ich bin da skeptisch. Die Online-Welt lässt sich nicht in Kontinente oder Länder aufteilen. Die digitalen Konzerne erlangen ihre Größe aufgrund von Netzwerkeffekten. Nutzer ziehen Nutzer an, Nutzer ziehen Händler an und umgekehrt. So wird ein Netzwerk immer größer, es ist wie ein Schneeballsystem. Niemand geht in eine leere Kneipe. Man geht dorthin, wo schon die Freunde und Bekannten sind. Der Unterschied ist,

dass eine Kneipe irgendwann voll ist. Facebook hat hingegen Platz ohne Ende. Aber richtig ist: Wir müssen die Märkte für potenzielle Newcomer offen halten.

Welches Verkehrsmittel bevorzugen Sie?

Ich fliege viel, es muss schnell gehen.

Haben Sie sich über die hohen Ticketpreise geärgert, die es nach der Air-Berlin-Pleite zwischenzeitlich in Deutschland gab?

Es gab zahlreiche Beschwerden. In einem Vorverfahren haben wir analysiert, wie es sich wirklich mit den Preisen verhielt. Es gab Steigerungen von im Schnitt 25 bis 30 Prozent, vereinzelt sehr viel höher, auch wegen des dramatischen Kapazitätsrückgangs. Allerdings waren diese nicht von Dauer. Aufgrund der konsequenten Fusionskontrolle der Wettbewerbsbehörden konnten andere Fluglinien in den Markt eintreten. Das hat nach wenigen Monaten zu einer gewissen Entspannung geführt. Daher ver-

zichten wir auf ein Missbrauchsverfahren. Ich bezweifle, dass die Entwicklung so verlaufen wäre, wenn die Lufthansa alle Maschinen der Air Berlin übernommen hätte – das durfte sie aber nicht.

Kann die Lufthansa jetzt durchatmen?

Die Lufthansa hat noch immer Monopolstrecken in Deutschland. Wir beobachten genau, wie sich die Preise auf diesen Routen entwickeln. Es ist daher wichtig, dass der Markt weiterhin neuen Airlines offen steht.

Im Schienenverkehr gibt es dagegen kaum Wettbewerb. Nun versucht Flixtrain, den Markt aufzumischen. Kann das klappen?

Die Bahn hat im Fernverkehr einen Anteil von 99 Prozent. Da kann man nicht von Wettbewerb sprechen. Flixtrain ist ein sehr interessantes Projekt. Davon könnten wettbewerbsfördernde Impulse ausgehen. Insgesamt muss sicherlich noch viel geschehen, damit mehr Anbieter auf den Markt kommen. Schlagkräftige Regulierung ist wichtig, damit der Zugang zur Infrastruktur gewährleistet ist. Das Instrumentarium für die Bundesnetzagentur ist 2016 verbessert worden. Es bleibt abzuwarten, ob dies ausreicht, um den Wettbewerb zu beleben.

Auch der deutsche Taximarkt ist extrem reguliert. Aber der US-Anbieter Uber will nicht aufgeben.

Als Uber das erste Mal versucht hat, auf dem deutschen Markt Fuß zu fassen, habe ich bereits darauf hingewiesen, dass wir innovative Geschäftsideen in traditionellen Branchen wie dem Taxigewerbe grundsätzlich begrüßen. Aber wir brauchen einheitliche Bedingungen für Fahrdienste. Das bedeutet einerseits, dass man für Dienste wie Uber Regeln schaffen muss – etwa beim Versicherungsschutz oder bei der Zuverlässigkeit der Fahrer. Auf der anderen Seite ist es aber gleichsam von Nöten, die bestehenden Regularien im Taxigewerbe auf den Prüfstand zu stellen. Warum muss man als Taxifahrer erst das Straßennetz einer Stadt auswendig lernen oder jedes Jahr zum Gesundheitscheck? Das ist nicht mehr zeitgemäß.

Gehört Uber auf den deutschen Markt?

Uber oder auch Airbnb sind Beispiele für Geschäftsmodelle aus der Internetwirtschaft, die enormen Druck auf etablierte Branchen ausüben. Wir sollten die davon ausgehenden positiven Impulse als Chance begreifen, tradierte Regeln zu überdenken. Das heißt aber auch, dass die Politik sich um die Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Geschäftsmodelle kümmern muss, sie hat also eine doppelte Aufgabe: Regulieren in der Online-Welt und deregulieren in der Offline-Welt.

Das Taxigewerbe wird demnächst also liberalisiert?

Wenn Uber nun einen erneuten Anlauf nimmt, in den deutschen Markt einzusteigen, muss die Politik reagieren. Es ist eine wichtige politische Zukunftsaufgabe, die notwendigen Verknüpfungen zwischen der alten und der neuen Welt zu gestalten.

Rechenspiele um die Rente

Von heute an berät eine Kommission über die Zukunft der staatlichen Altersvorsorge. Eine Prognos-Studie zeigt die Handlungsmöglichkeiten auf

PHILIPP NEUMANN

BERLIN – Hubertus Heil ist in der Bundesregierung der „Rentenminister“. Offiziell ist der SPD-Politiker für „Arbeit und Soziales“ zuständig, aber die gesetzliche Rentenversicherung ist eine der wichtigsten Aufgaben, die Heil hat. Geht es nach dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), dann kann jetzt jeder „Rentenminister“ sein. Zusammen mit dem Forschungsinstitut Prognos hat der Branchenverband eine gleichnamige Internetseite entwickelt, auf der jeder an den Stellschrauben drehen kann, die auch der Politik für die nächste Rentenreform zur Verfügung stehen. Sichtbar werden anschließend, welche Wirkungen eine Anhebung des Rentenniveaus, ein höherer Rentenbeitrag oder eine längere Lebensarbeitszeit haben.

Der Favorit der Versicherungswirtschaft und auch der Fachleute von Prognos ist eine Verlängerung der Lebens-

arbeitszeit auf 69 Jahre. Diese dürfe kein Tabu sein. „Die Verlängerung sollte auf die Agenda der Rentenkommission der Bundesregierung“, so Oliver Ehrentraut, Vizedirektor bei Prognos.

Die Rentenkommission war von Minister Heil eingesetzt worden und tagt an diesem Mittwoch das erste Mal. Sie soll einen neuen „verlässlichen Generationenvertrag“ erarbeiten. Genau deshalb hat die Versicherungsbranche jetzt

ihren „Rentenminister“ im Internet vorgestellt. Das Rechenmodell zeigt, an welchen Schrauben des Rentensystems sie drehen kann:

Das Rentenniveau

Gemeint ist damit die Höhe der durchschnittlichen Rente im Vergleich zum durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten in einem bestimmten Jahr. Aktuell beträgt das Rentenniveau 48,5

Prozent. Bis 2025 sollen es mindestens 48 Prozent sein, das hat sich die große Koalition vorgenommen. Damit das funktioniert, muss mehr Geld in die Kasse: Der Beitragssatz muss steigen – von jetzt 18,6 Prozent auf 20,6 Prozent im Jahr 2025 und auf 23 Prozent im Jahr 2030. Soll das Rentenniveau wieder 50 Prozent betragen, müsste der Beitragssatz sogar auf 23,8 Prozent steigen. Mehr noch: Auch der Zuschuss aus Steuergeld würde um bis zu acht Milliarden Euro steigen.

Beitragssatz

Aktuell zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils 18,6 Prozent vom Bruttolohn in die Rentenkasse. Soll es dabei bleiben, stünde in den nächsten Jahren nicht viel mehr Geld zur Verfügung. Das bedeutet bei einer wachsenden Zahl an Rentnern: Die Leistungen müssten gekürzt werden. Wäre das so, ließe sich mit 19 Prozent Beitragssatz im Jahr 2030 nur noch ein Rentenniveau

von knapp 40 Prozent bezahlen. In den folgenden Jahren wäre es noch geringer. Das Versprechen der Koalition, den Beitragssatz bis 2025 nicht über 20 Prozent steigen zu lassen, lässt sich nur umsetzen, wenn das Rentenniveau auf weniger als 47 Prozent sinkt – was weniger wäre als die zugesagten 48 Prozent.

Lebensarbeitszeit

Das ist die Schraube, die politisch am schwersten zu drehen ist. Würde man es dennoch tun, würde das Rentenniveau grundsätzlich weniger stark sinken und auch der Beitragssatz weniger stark steigen. Der Effekt tritt aber eher langfristig ein, weil sich eine mögliche Einführung ab 2030 oder sogar 2040 über Jahrzehnte hinziehen würde.

Für den CDU-Sozialexperten Hermann Gröhe, der in der Rentenkommission sitzen wird, gibt es die Chance auf einen Rentenkonsens: „Die Rente muss für Jung und Alt verlässlich bleiben.“

Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) hat die Kommission eingesetzt, die ab diesem Mittwoch über die Zukunft der Rente berät

DPA/RALF HIRSCHBERGER